

Grüne: „Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg“

BERLIN – Die stellvertretende Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Bärbel Höhn, wirft der Regierung mangelnden Willen beim Nichtraucherschutz vor. Mit ihr sprach Claudia Ehrenstein.

Berliner Morgenpost: *Es wird nun doch kein einheitliches Rauchverbot in deutschen Gaststätten geben. Überrascht Sie das?*

Bärbel Höhn: Der von der großen Koalition vorgelegte Kompromissvorschlag war von vornherein völlig unlogisch. Das Rauchen sollte nur in Speiselokalen verboten werden. Die Zuständigkeit des Bundes für ein entsprechendes Gesetz wurde mit der unmittelbaren Gesundheitsgefahr durch Tabakrauch begründet. Zugleich sollte ausgerechnet in Bars und Kneipen weitergeraucht werden dürfen, obwohl gerade dort die Luft mit schädlichem Tabakqualm besonders stark belastet und die Gesundheitsgefahr damit am höchsten ist.

Wie erklären Sie sich diese offensichtliche Unlogik?

Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg. Es sieht so aus, als würde die Bundesregierung nach jedem Strohhalm greifen, um an einem gesetzlichen Rauchverbot in der

Gastronomie vorbeizukommen. Über eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung wäre eine bundesweit einheitliche Regelung problemlos möglich.

Aber was spricht denn dagegen, dass nun die Länder im Rahmen des Gaststättenrechts Rauchverbote erlassen sollen?

Der Tabaklobby ist es offensichtlich gelungen, das Thema Rauchverbote auf die Länderebene zu bugsieren. Wir werden dann in 16 Ländern insgesamt 16 verschiedene Regelungen haben. Ich habe die Befürchtung, dass am Ende von dem ursprünglichen Ziel, die Menschen vor den Gefahren des Tabakrauchs zu schützen, nicht mehr viel übrig bleibt.

Was wollen Sie tun, um diese Entwicklung zu verhindern?

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat ja bereits einen Antrag zum Schutz vor Passivrauchen vorgelegt. Darin fordern wir die Bundesregierung auf, die Arbeitsstättenverordnung so zu ändern, dass alle Mitarbeiter in der Gastronomie vor den gesundheitlichen Gefahren des Tabakrauchs ge-

schützt werden. Und das geht nur über Rauchverbote.

Was wird aus dem fraktionsübergreifende Gruppenantrag zum Nichtraucherschutz, der von SPD-Bundestagsabgeordneten initiiert und von insgesamt 144 Parlamentariern aus SPD, Linkspartei und der Union unterzeichnet wurde. Würden Sie diesen Antrag unterstützen? In dem Maße, wie sich jetzt das Vorgehen der Bundesregierung als untauglich erweist, wächst zugleich die Chance, eine Mehrheit für einen vernünftigen Gruppenantrag zu bekommen.

Würden Sie auch gemeinsam mit der SPD einen entsprechenden „vernünftigen“ Gruppenantrag formulieren?

Wenn es im Sinne der Sache ist, kann ich mir durchaus vorstellen, dass Abgeordnete von SPD und Grünen einen gemeinsamen Antrag vorlegen. Wir brauchen dann aber auch Stimmen von Union und Linkspartei, um im Bundestag die notwendige Mehrheit zu bekommen.